

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 23. Jänner 1968

Tagesordnung

Erklärung des Bundeskanzlers zur Umbildung der Bundesregierung

Inhalt

Nationalrat

Mandatsverzicht des Abgeordneten Reich (S. 7114)

Angelobung des Abgeordneten Dr. Geischläger (S. 7114)

Tagesordnung

Festsetzung (S. 7116)

Personalien

Krankmeldung (S. 7114)

Bundesregierung

Amtsenthebung von Mitgliedern der Bundesregierung und Staatssekretären (S. 7114)

Ernennung von Mitgliedern der Bundesregierung und Staatssekretären (S. 7115)

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 7114)

Zurückziehung der Regierungsvorlage 365 (S. 7115)

Ausschüsse

Zuweisung von Berichten (S. 7115)

Verhandlungen

Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Klaus (S. 7116) — Beschluß auf Debatte (S. 7122)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

701: Erstes Rechtsbereinigungs-Vorbereitungsgesetz (S. 7115)

708: Befreiung von Schenkungen an die Stiftung „Islamisches Zentrum“ von der Schenkungssteuer

709: Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften (S. 7115)

Einsprüche des Bundesrates

721: Abgabenänderungsgesetz 1968 (S. 7115)

722: Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1968

723: Änderung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes hinsichtlich der Verwaltungsabgaben

724: Neuerliche Änderung des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1962

725: Neuerliche Änderung des Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetzes 1962 (S. 7115)

Berichte

der Bundesregierung betreffend Ergänzung des Jahresprogramms 1967/68 des ERP-Fonds (S. 7115)

des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Veräußerung von unbeweglichen Bundesvermögen im 3. und 4. Viertel 1966

des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Veräußerung von unbeweglichen Bundesvermögen im 1. Viertel 1967 (S. 7116)

des Bundesministeriums für soziale Verwaltung über die soziale Lage 1966 (S. 7116)

Anfragen der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Dkfm. Androsch und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Gewährung von Subventionen in den letzten fünf Jahren (459/J)

Czettel, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Wahrung der Budgethoheit des Nationalrates (460/J)

Czettel, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend Wahrung der Budgethoheit des Nationalrates (461/J)

Czettel, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Wahrung der Budgethoheit des Nationalrates (462/J)

Czettel, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend Wahrung der Budgethoheit des Nationalrates (463/J)

Czettel, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Wahrung der Budgethoheit des Nationalrates (464/J)

Czettel, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Wahrung der Budgethoheit des Nationalrates (465/J)

Czettel, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Wahrung der Budgethoheit des Nationalrates (466/J)

Czettel, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Wahrung der Budgethoheit des Nationalrates (467/J)

Czettel, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Wahrung der Budgethoheit des Nationalrates (468/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Haberl und Genossen (416/A. B. zu 389/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Exler und Genossen (417/A. B. zu 391/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (418/A.B. zu 411/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Troll und Genossen (419/A.B. zu 390/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Lane und Genossen (420/A.B. zu 392/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (421/A.B. zu 412/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen (422/A.B. zu 396/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Eberhard und Genossen (423/A.B. zu 450/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen (424/A.B. zu 447/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Mayr und Genossen (425/A.B. zu 436/J)

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen auf die Anfrage der Abgeordneten Czernetz und Genossen (426/A.B. zu 423/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Thalhammer und Genossen (427/A.B. zu 414/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Skritek und Genossen (428/A.B. zu 428/J)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. Maleta.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße respektvoll den in unserer Mitte erschienenen Herrn Bundespräsidenten. *(Die Anwesenden erheben sich und spenden Beifall.)*

Die amtlichen Protokolle der 86. Sitzung vom 10. Jänner und der 87. Sitzung vom 11. Jänner 1968 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Vollmann.

Seitens der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß an Stelle des Herrn Abgeordneten Josef Reich, der auf sein Mandat verzichtet hat, Herr Dr. Robert Geischläger in den Nationalrat berufen worden ist.

Da der Wahlschein bereits vorliegt und Herr Dr. Geischläger im Hause anwesend ist, nehme ich sogleich seine Angelobung vor. Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die Frau Schriftführer wird der Herr Abgeordnete die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche die Frau Schriftführer, Abgeordnete Herta Winkler, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführerin Herta Winkler verliest die Gelöbnisformel. — Abgeordneter Dr. Geischläger leistet die Angelobung.

Präsident: Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nach Anhören der Präsidialkonferenz werde ich von der Durchführung einer Fragestunde in der heutigen Sitzung Abstand nehmen. Dafür wird in einer für morgen vorgesehenen Sitzung eine Fragestunde durchgeführt werden.

Seit der letzten Haussitzung sind 13 schriftliche Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Antragstellern übermittelt worden sind. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche die Frau Schriftführer, Herta Winkler, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin Herta Winkler:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates Dr. Alfred Maleta.

Ich beehre mich die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschluß vom 19. Jänner 1968, Zl. 563/68, über meinen Antrag gemäß Art. 74 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den

Vizekanzler und Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Fritz Bock, den Bundesminister für Inneres Dr. Franz Hetzenauer,

den Bundesminister für Finanzen Dr. Wolfgang Schmitz,

den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lujo Tončić-Sorinj

und gemäß Artikel 78 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 74 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Stephan Koren,

den Staatssekretär im Bundesministerium für Inneres Dr. Johann Haider,

Herta Winkler

den Staatssekretär im Bundesministerium für soziale Verwaltung Franz Soronics und den Staatssekretär im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Carl Bobleter ihres Amtes enthoben hat.

Klaus“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführerin Herta Winkler:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates Dr. Alfred Maleta.

Ich beehre mich die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 19. Jänner 1968 gemäß Art. 70 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 über meinen Vorschlag ernannt hat:

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Hermann Withalm zum Vizekanzler,

den Staatssekretär im Bundesministerium für soziale Verwaltung Franz Soronics zum Bundesminister für Inneres,

den Staatssekretär im Bundeskanzleramt o. Univ.-Prof. Dipl.-Vw. Dr. Stephan Koren zum Bundesminister für Finanzen,

den Abgeordneten zum Nationalrat Kommerzialrat Otto Mitterer zum Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie,

a. o. und bev. Botschafter Dr. Kurt Waldheim zum Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

Gemäß Artikel 70 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 78 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

Karl Pisa zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundeskanzler beigegeben;

den Abgeordneten zum Nationalrat Roland Minkowitsch zum Staatssekretär im Bundesministerium für Inneres und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Inneres beigegeben;

das Mitglied des Bundesrates Hans Bürkle zum Staatssekretär im Bundesministerium für soziale Verwaltung und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für soziale Verwaltung beigegeben.

Klaus“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführerin Herta Winkler: Vom Bundeskanzler sind folgende Einsprüche des Bundesrates gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates übermittelt worden:

Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Jänner 1968, betreffend ein Bundesgesetz über Änderungen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes (Abgabenänderungsgesetz 1968) (721 der Beilagen);

Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Jänner 1968 über ein Bundesgesetz, betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1968 (722 der Beilagen);

Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Jänner 1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz hinsichtlich der Verwaltungsabgaben geändert wird (723 der Beilagen);

Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Jänner 1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962 neuerlich geändert wird (724 der Beilagen);

Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Jänner 1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962 neuerlich geändert wird (725 der Beilagen).

Weiters sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz zur Vorbereitung der Bereinigung der Rechtsordnung des Bundes (Erstes Rechtsbereinigungs-Vorbereitungsgesetz) (701 der Beilagen) (*die seinerzeitige Vorlage 365 d. B. wurde von der Bundesregierung zurückgezogen*);

Bundesgesetz, mit dem Schenkungen an die Stiftung „Islamisches Zentrum“ von der Schenkungssteuer befreit werden (708 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften (709 der Beilagen).

Präsident: Diese Vorlagen werde ich in der nächsten Sitzung zur Zuweisung bringen.

Die eingelangten Berichte weise ich zu wie folgt:

Bericht der Bundesregierung betreffend Ergänzung des Jahresprogramms 1967/68 des ERP-Fonds; Aufstockung der für Investitionskredite vorgesehenen ERP-Mittel um 200 Millionen Schilling,

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen über Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen im 3. und 4. Viertel 1966 und

Präsident

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen über Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen im 1. Viertel 1967

dem Finanz- und Budgetausschuß;

Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung über die soziale Lage 1966

dem Ausschuß für soziale Verwaltung.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gemäß § 38 Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz den Punkt zu setzen: Erklärung des Bundeskanzlers.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Erklärung des Bundeskanzlers

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum einzigen Punkt: Erklärung des Bundeskanzlers.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Herr Bundespräsident! Hohes Haus! Es ist mir eine Ehre, Ihnen, sehr verehrte Frauen und Herren Abgeordnete, die vom Herrn Bundespräsidenten über meinen Vorschlag neu ernannten Bundesminister und Staatssekretäre vorzustellen. Die am 19. Jänner vollzogene Umbildung der Bundesregierung habe ich in einem Schreiben vom gleichen Tage dem Herrn Präsidenten des Nationalrates notifiziert.

Wenn ich heute vor dem Hohen Haus aus diesem Anlaß eine Erklärung abgebe, so lege ich vor allem Wert auf folgende Feststellungen:

Diese Erklärung markiert die „Halbzeit“ der Legislaturperiode 1966—1970. Wir stehen damit am Beginn der „zweiten Halbzeit“ einer Legislaturperiode, die zum ersten Mal in der Geschichte der Republik Österreich jene Form der parlamentarischen Demokratie gebracht hat, wie sie in vielen demokratischen Ländern seit eh und je selbstverständlich war. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß dank der großen politischen Reife und der demokratischen Tradition des österreichischen Volkes der Übergang von der bisherigen Form der Koalition zum System Regierung-Opposition reibungslos und organisch erfolgt ist.

Ich lege weiters Wert auf die Feststellung, daß die von mir am 20. April 1966 vor diesem Hohen Hause abgegebene Regierungserklärung nach wie vor unser umfassendes Arbeitsprogramm darstellt und damit das Fundament für die weitere Tätigkeit der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode bleibt.

Ohne Zweifel ist aber die Gesamtsituation heute eine andere als vor zwei Jahren. (*Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Melter: Schlechter!*) Die Lage hat sich sowohl in der Welt als im besonderen in Europa wie auch in unserer Republik beachtlich geändert. (*Abg. Dr. Pittermann: Nur Klaus ist geblieben! — Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*) Diese Änderungen sind vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet vor sich gegangen. Die Veränderungen im Ausland sind nicht ohne Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Situation im Inland geblieben. Die großen Aufgaben, welche die österreichische Bundesregierung gegenüber der Gesamtbevölkerung zu erfüllen hat, sind daher heute nicht leichter, sondern schwieriger als vor zwei Jahren.

In der Weltpolitik ist es eher zu einer Verschärfung der Spannungen als zu einer Entspannung gekommen. Der Krieg in Vietnam dauert in unverminderter Härte an. (*Abg. Peter: Was hat das mit der Regierung zu tun? — Abg. Dr. Tull: Eine fundamentale Erkenntnis!*) Auch im Nahen Osten sprachen im vergangenen Jahr die Waffen. Noch ist unklar, ob dem jetzt herrschenden Waffenstillstand eine dauerhafte friedliche Lösung folgen wird. (*Abg. Peter: In der ÖVP!*) Daneben bestehen alte Krisenherde weiter. Wir müssen die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß wir in einer unruhigen Welt leben.

Blieben wir von diesen Spannungen un mittelbar verschont, so hat sich im Gegensatz dazu die wirtschaftliche Entwicklung in der übrigen Welt sehr wohl auf Österreich ausgewirkt. Zu Beginn des Jahres 1966 war die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industriestaaten noch durch starke Expansionstendenzen in den USA und eine leichte Beschleunigung des Wachstums in Westeuropa gekennzeichnet. Dazu hatte vor allem die anhaltende Erholung in Italien und in Frankreich sowie eine erneute Belebung der Nachfrage auf den internationalen Märkten beigetragen.

Im Laufe des Jahres 1966 begann sich jedoch die wirtschaftliche Expansion merklich abzuschwächen. So verlangsamte sich auch das Wachstumstempo Westeuropas, insbesondere — bedingt durch die Stagnation in Großbritannien — das der EFTA-Länder. Der um die Jahresmitte 1966 immer weitere Bereiche erfassende Nachfragerückgang in der Bundesrepublik Deutschland spielte für die österreichische Ausfuhr eine besondere Rolle. Anfang 1967 hat dann die Konjunkturfalte die Mehrzahl der westeuropäischen Industrieländer und die USA erfaßt.

In der Bundesrepublik Deutschland mußten einschneidende Budgetkürzungen vorgenommen werden.

Bundeskanzler Dr. Klaus

Die englische Regierung mußte sich trotz ihres „Austerity“-Programms zur Abwertung des Pfundes und zu weiteren drastischen Maßnahmen entschließen.

Selbst im reichsten Land der Welt, in den Vereinigten Staaten, mußte im Gefolge dieser Entwicklung ein umfassendes Sparprogramm beschlossen werden, das Rückwirkungen auf den ganzen Welthandel haben wird.

Vor diesem Hintergrund muß die nüchterne Bilanz der Regierungsarbeit gesehen werden, die ich Ihnen bei dieser Gelegenheit kurzgefaßt vorlegen möchte.

Diese Regierungsarbeit bestand in der ersten Halbzeit vor allem darin, in der Zeit der Koalition jahrelang liegengebliebene Gesetzesmaterien im Hohen Hause einzubringen. Ich erinnere daran, daß der sogenannte harte Kern der am 20. April 1966 abgegebenen Regierungserklärung elf besonders dringliche Aufgaben nannte, von denen sechs gesetzgeberische Maßnahmen im engeren Sinn des Wortes darstellten. Von diesen sind fünf in der „ersten Halbzeit“ beschlossen worden. (*Abg. Weikhart: Aber wie!*)

In der „zweiten Halbzeit“ wird der Schwerpunkt der Regierungstätigkeit in der Vollziehung liegen. Dabei begegnen wir in der Außenpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Strukturpolitik und in der Budgetpolitik Problemen, bei deren Lösung sowohl äußere Einflüsse als auch Nachwirkungen der Vergangenheit in Rechnung zu stellen sind. In Gestalt zum Teil überholter Wirtschaftsstrukturen und weiterwirkender gesetzlicher Ausgabenverpflichtungen wirft die Vergangenheit ihren Schatten auch noch über die „zweite Halbzeit“.

Umso höher ist die Tatsache einzuschätzen, daß unser kapitalschwaches und an Wachstumsindustrien etwa im Vergleich zur Schweiz armes Land in den letzten Jahren eine erstaunliche Krisenfestigkeit bewiesen hat. Wir haben im Schilling eine der bestgedeckten Währungen. Wir konnten die Vollbeschäftigung weiterhin aufrechterhalten. Die Beschäftigten in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst, aber auch die Pensionisten und Rentner konnten eine Steigerung ihres Realinkommens verzeichnen. Durch steuerliche und familienpolitische Maßnahmen (*Abg. Konrad: Bei der Umsatzsteuer!*) wurde den Familienerhaltern eine wesentliche Erleichterung geboten. (*Abg. Weikhart: Und auf der anderen Seite weggenommen!*) Die Österreicher leben auch zu Beginn dieses Jahres besser als zu Beginn des Jahres 1966. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Diese an sich erfreuliche Entwicklung darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß

sich hinter dieser unbestreitbaren Wohlstandssteigerung echte Gefahren verbergen. (*Zwischenrufe und ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Weikhart: Eine unfähige Regierung verbirgt sich!*) Deshalb geht es heute der Bundesregierung im wesentlichen darum, Lösungen für die Probleme der Wirtschaft zu finden und auch die Staatshaushalte der nächsten Jahre in Ordnung zu halten. (*Abg. Weikhart: Mit einem Riesendefizit!*)

Der Erfolg für unser Land und jeden einzelnen Staatsbürger wird umso größer und sicherer sein, je mehr Schwerpunkte und Großaufgaben wir durch übereinstimmende Willensbildung außer Streit stellen können. (*Abg. Peter: Sie sollen nur die Aufgaben lösen; es müssen nicht Großaufgaben sein!*) Ich möchte in diesem Zusammenhang insbesondere Fragen der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik und der Währungspolitik nennen.

Die in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 ausgesprochene Einladung an die in Opposition zur Regierung stehenden Parteien ist nach wie vor aufrecht.

Hohes Haus! Ich möchte nun zu einigen der wesentlichsten Schwerpunktänderungen Stellung nehmen. Die konjunkturellen und strukturellen Schwächezeichen, die seit 1966 das Tempo der Wohlstandsvermehrung in nahezu allen westeuropäischen Ländern zunehmend verringert haben, wirken sich seit dem Vorjahr auch in Österreich fühlbar aus. Die expansive Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der Nationalbank konnte zwar die Konjunkturabschwächung in Österreich, wie bereits erwähnt, in engeren Grenzen halten als in anderen Ländern. Dennoch mehren sich auch in unserem Lande ernste Anzeichen eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts. (*Abg. Weikhart: Was Sie bisher immer abgestritten haben!*), das die langfristige befriedigende Entwicklung gefährden könnte. Die Ursachen der mehr und mehr fühlbaren Spannungen und Störungen sind vielfältig. (*Abg. Peter: Die Regierung im Ungleichgewicht!*)

Teilweise sind sie mit dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt zwangsläufig verbunden. Dieser erzwingt tiefgreifende Gefügeänderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht immer reibungslos verlaufen. Infolge der stark gewachsenen internationalen Arbeitsteilung beschleunigen sich die Strukturwandlungen in der Weltproduktion immer mehr. Ein eklatantes Beispiel dafür ist die Stagnation beziehungsweise der Rückgang der Kohleproduktion als Folge der raschen Expansion der Mineralölwirtschaft. Das Schwerkgewicht der Nachfrage beginnt sich immer deutlicher auf neue Produkte zu verlagern,

Bundeskanzler Dr. Klaus

die aus modernen Werkstoffen und nach neuen technischen Verfahren hergestellt werden. (Abg. Peter: Das kann man täglich in der Zeitung lesen!) Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, die Umschichtungen zwischen den Wirtschaftszweigen und die regionalen Strukturprobleme sind typische Beispiele für diese Ursachenreihe. (Abg. Peter: Ursachenreihe! Was ist eine Ursachenreihe?)

Ein anderer Ursachenkomplex von nicht weniger weittragender Bedeutung liegt in der Überschätzung der Möglichkeiten für die Erfüllung von Gruppenwünschen oder Gesamtanliegen der Gesellschaft. (Abg. Probst: Sehr richtig! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Wachstumsgesetze!)

Meine Frauen und Herren Abgeordneten! Wir müssen offen zugeben, daß die Politik der vergangenen zehn Jahre allzu gebefriedigend gewesen ist. (Abg. Dr. Pittermann: Hören Sie, Herr Minister Schleinzer!) Wir haben zunehmend über unsere Verhältnisse gelebt und müssen nun daraus die Konsequenzen ziehen. (Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Hartl: Zehn Jahre! — Abg. Dr. Tull: Sehen Sie sich die wunderbare Vermehrung der Regierung an! Schicken Sie die Staatssekretäre heim!)

Im Vordergrund aller unserer Überlegungen ... (Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Hohes Haus! Übermorgen ist ein Tag Zeit zur Debatte! (Abg. Zeillinger: Wann kommt endlich die Regierungserklärung?)

Bundeskanzler Dr. Klaus (fortsetzend): Im Vordergrund aller unserer Überlegungen werden die Budgets der Jahre 1968 bis 1970 zu stehen haben. (Abg. Zeillinger: Das ist eine ÖVP-Propagandarede!) Die mittelfristige Budgetvorschau, die dem Hohen Haus im Vorjahr vorgelegt wurde, hat deutlich gezeigt, daß die Staatsausgaben, die auf Grund bestehender gesetzlicher Verpflichtungen geleistet werden müssen, in den Jahren 1968 bis 1970 rascher zunehmen als das nominelle Sozialprodukt und rascher als die zu erwartenden Einnahmen. Diese Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben muß verringert werden. Die Verwaltungsreform wird daher von der Bundesregierung in den kommenden Monaten unter anderem durch eine Bereinigung der ministeriellen Kompetenzen (Abg. Dr. Tull: Da freut sich aber der Gruber!) nicht nur wegen der gebotenen Sparsamkeit, sondern auch zur Hebung des Leistungsgrades der Verwaltung durch umfassende und durch Einzelmaßnahmen mit allem Nachdruck vorangetrieben werden. (Anhaltende Zwischenrufe. —

Abg. Dr. Tull: Die Regierungsbank verkleinern! — Abg. Weikhart: Eine kleinere Regierung wäre besser gewesen! — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen.)

Ich möchte zur Verdeutlichung für die nicht immer leicht zu durchschauenden volkswirtschaftlichen Zusammenhänge noch hinzufügen: Man kann zwar Gesetze beschließen, die Ansprüche des Staatsbürgers an den Staat oder Ansprüche des Staates an die Staatsbürger fixieren; Gesetze jedoch, die den Konjunkturverlauf fixieren und verbindlich festlegen, können weder wir noch größere Staaten beschließen.

Allzuoft wurden Wechsel auf ein starkes zukünftiges Wirtschaftswachstum ausgestellt (Abg. Dr. van Tongel: Von wem denn?), ohne daß diese Wechsel durch entsprechende wachstumsfördernde Maßnahmen (Abg. Dr. Pittermann: Die haben wir wieder rückgängig gemacht! — Abg. Weikhart: Wer war der Finanzminister?), geschweige denn durch das tatsächliche Wachstum gedeckt waren.

Die Schere zwischen den gesetzlichen Ausgabenverpflichtungen des Staates und den konjunkturabhängigen Staatseinnahmen würde noch weiter geöffnet, wenn immer neue Ansprüche an den Staat gestellt werden. (Abg. Zeillinger: Wir geben doch Milliarden mehr aus! Sie richten Österreich zugrunde!) Aus dieser verhängnisvollen Entwicklung können wir nur heraus, wenn wir alle zusammen zu der Einsicht kommen, daß der Staatshaushalt nicht weiter überfordert werden darf. (Abg. Zeillinger: Sie geben Tausende Millionen mehr aus als voriges Jahr! Denken Sie daran, Herr Klaus!)

Gleichgültig, wie weit die revidierte Budgetvorschau von den veröffentlichten Schätzungen abweicht, werden Regierung und Parlament vor der politischen Entscheidung stehen, wie die Probleme des Staatshaushaltes gelöst werden sollen. Als Alternativen gibt es nur entweder permanent hohe Defizite — mit allen ihren Folgen — (Ruf bei der SPÖ: Oder eine Neuwahl!) oder eine zielbewußte Sanierung der Budgetstruktur. (Abg. Zeillinger: Oder abtreten!) Wir müssen die bittere Wahrheit zur Kenntnis nehmen, daß augenblicklich nicht alle Wünsche erfüllbar sind.

Die österreichische Wirtschaft kann infolge der Enge des Binnenmarkts ihre Kapazitäten in einer Zeit des rapiden technischen Fortschritts nur dann optimal ausnützen, wenn sie ihre Erzeugnisse auch unter verschärftem Konkurrenzkampf auf den Auslandsmärkten in einem Maße absetzen kann, daß die Vorteile der modernen Produktionsmethoden zum Tra-

Bundeskanzler Dr. Klaus

gen kommen. Allein schon daraus ergibt sich, daß die Produktion an der Nachfrage orientiert sein muß und Wandlungen in der Nachfrage nicht ignoriert werden dürfen. (*Abg. Moser: Was haben Sie beim Wohnungsbau gemacht dazu? — Abg. Hartl: Sei ruhig! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Das bedeutet rasche Reaktion der Produzenten auf die Änderungen des Bedarfs und elastische Unternehmensführung. Richtige Strukturpolitik ... (*Abg. Dr. Pittermann: Fragen stellen ist verboten vom Herrn Hartl! — Abg. Hartl: Das nicht, aber der Herr Bundespräsident wird sich was Schönes von euch denken! — Heiterkeit bei der SPÖ.*) Richtige Strukturpolitik muß sich an einem verstärkten nationalen und internationalen Wettbewerb orientieren. Richtige Strukturpolitik muß das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch nicht durch Anpassung des Verbrauchs an die Produktion (*Unruhe — Abg. Glaser: Das ist eine unwürdige Haltung! — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), sondern, umgekehrt, durch Anpassung der Produktion an den geänderten Verbrauch herstellen. Jede marktwidrige Konservierung geht zu Lasten der Leistungskraft der Gesamtwirtschaft und damit des Lebensstandards der Gesamtbevölkerung.

Die gleichen Grundsätze, die für die Produkte als solche gelten, gelten auch für die Art ihrer Erzeugung. Nur die optimale Ausnutzung der Vorteile des technischen Fortschrittes und der Kostendegression lassen auch einen kleineren Staat seine Marktposition auf den internationalen Märkten behaupten.

Speziell für ein Land wie Österreich ist es notwendig, im Sinne einer richtig verstandenen Strukturpolitik zur Förderung der notwendigen Konzentration im technischen und finanziellen Bereich eine durchdachte Kooperation zwischen den verschiedenen Betriebsgrößen, aber auch zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen mit allen Mitteln der modernen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu fördern. Es geht dabei vor allem um die kleineren und mittleren Betriebe in der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft, denen wir neue Wege der Zusammenarbeit, der Produktionsumstellung und damit der Sicherung ihrer Existenz aufzeigen wollen. Umstellungshilfen, welche die wirtschaftlich notwendige Anpassung fördern und vorübergehende Friktionen mildern, sind deshalb durchaus sinnvoll. (*Abg. Czettel: Es geschieht aber nichts!*) Falsch ist jedoch die Konservierung überholter Strukturen durch Subventionen und durch administrative Beschränkungen der Initiative von Betriebsinhabern und Arbeitnehmern. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden in der modernen Gesellschaft eine Einheit. Der soziale Fortschritt kann nur Hand in Hand gehen mit dem wirtschaftlichen Fortschritt. Sowohl die Zahl der Empfänger von Sozial-einkommen als auch die Höhe dieser Einkommen ist in den letzten Jahren wesentlich stärker gestiegen als das Nationalprodukt. (*Abg. Moser: Wollen Sie jetzt bremsen?*) Das bedeutet, daß die im Leistungsprozeß stehenden Österreicher ständig für die nicht im Leistungsprozeß Stehenden mehr aufwenden müssen. Diese Einkommensumverteilung hat einerseits belebende Wirkungen auf die Nachfrage ausgeübt, andererseits aber der Investitionstätigkeit Mittel entzogen. Aufgabe der Zukunft wird es sein, hier eine wohl- abgewogene Synchronisierung herbeizuführen, die einerseits ein ausreichendes Einkommen auch für die sozial Schwächeren gewährleistet, andererseits aber die Überforderung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft vermeidet. Eine solche müßte nämlich letzten Endes die Grundlagen jeder wirksamen Sozialpolitik erschüttern.

Soweit Sozialpolitik nicht Einkommensumverteilung im engeren Sinne ist, obliegen ihr auch Aufgaben zur Sicherung und Förderung der Leistungskraft der noch im Arbeitsprozeß stehenden Menschen. Hier gilt es, speziell unter dem strukturpolitischen Aspekt durch geeignete Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und Umschulung, durch geeignete Maßnahmen zur größeren Beweglichkeit am Wohnungsmarkt die soziale Mobilität in einem der Dynamik des modernen Industriestaates entsprechenden Ausmaß zu entwickeln. (*Abg. Zeillinger: Wann kommt die Erklärung? — Heiterkeit.*)

Hohes Haus! Wie bisher wird es das Ziel unserer Außenpolitik sein, die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes zu gewährleisten — eines Landes, das sich aus freien Stücken zur immerwährenden Neutralität bekannt hat. Wir wollen das Vertrauen in die klare und eindeutige Politik unserer Republik aufrechterhalten, die freundschaftlichen Beziehungen unseres Landes zu seiner Umwelt noch weiter ausbauen und damit zur Erhaltung der Ruhe und Stabilität sowie des Friedens in dem Raum, in dem wir leben, in wirksamer Weise beitragen.

Darüber hinaus werden wir aber auch wie bisher bemüht sein, in aktiver Weise an der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, teilzunehmen und damit unseren Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten. Die bisherigen

Bundeskanzler Dr. Klaus

Bemühungen in diesem Rahmen haben Österreich im internationalen Denken verankert und unserem Lande internationales Ansehen verschafft, welches weit über die Größe Österreichs hinausgeht. (*Abg. Moser: Deswegen mußte Tončić gehen?*)

Die wachsende Interdependenz der Völker bringt es mit sich, daß insbesondere die wirtschaftliche, technologische und soziale Entwicklung eines Landes von den Vorgängen im internationalen Bereich immer stärker beeinflusst wird. Es gilt daher, die auswärtigen Beziehungen so zu gestalten, daß hievon ein maximaler Beitrag für den eigenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt abgeleitet wird. (*Abg. Dr. Tull: Mußte deswegen Tončić gehen?*)

Aus dieser Sicht wurde daher auch am 15. Dezember 1961 ein Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates der EWG gerichtet, in dem Österreich seinen Wunsch nach einem ausschließlich wirtschaftlichen Übereinkommen mit der EWG zur Sicherung der österreichischen Teilnahme an einem umfassenden europäischen Markt zum Ausdruck bringt. (*Abg. Zeillinger: Zu spät!*) Da sich die Interessenlage, die für die Stellung dieses Ansuchens maßgebend war, nicht geändert hat, bleibt dieses Ziel weiterhin aufrecht.

Die seit der Regierungserklärung vom 20. April 1966 stattgefundenen Verhandlungen und die im Zuge derselben von der EWG-Kommission ausgearbeiteten Berichte sowie die Beschlüsse des Ministerrats der Gemeinschaften haben ergeben, daß ein Vertrag besonderer Art zur Regelung dieser wirtschaftlichen Beziehungen sowohl mit dem völkerrechtlichen Status Österreichs und seinen internationalen vertraglichen Verpflichtungen vereinbar ist als auch vom Standpunkt der Gemeinschaft einem solchen Vertrag keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen. (*Abg. Zeillinger: Das hat Gredler vor zehn Jahren schon gesagt!*)

Angesichts der sich in letzter Zeit aus verschiedenen Ursachen in den Auffassungen einzelner Mitgliedstaaten ergebenden Schwierigkeiten hält sich die Bundesregierung aus den oben dargelegten wirtschaftlichen und politischen Postulaten für verpflichtet, neuerlich festzustellen, daß sie an ihrem durch Ministerrats- und Parlamentsbeschluß festgelegten Integrationsziel festhält. Wir werden zur Erreichung dieses Zieles neue Anstrengungen unternehmen. Wir werden alle Wege prüfen, die uns diesem Ziele näherbringen. (*Abg. Lanc: Aber bei der EFTA sind wir schon noch? — Abg. Dr. Tull: Mitterer wird es schon richten!*)

Unter den offenen Problemen möchte ich hier nur noch das Problem Südtirol erwähnen, das eine Herzensangelegenheit für alle Österreicher ist und das leider noch immer in seinen Auswirkungen unsere Beziehungen zu unserem Nachbarland Italien, mit dem uns sonst so vieles verbindet, beeinträchtigt.

In langjährigen und zähen Verhandlungen ist es uns gelungen, die Frage ihrem Inhalt nach einer Lösung um vieles näherzubringen. Die Bundesregierung verfolgt mit aller Energie weiterhin das Ziel, Einvernehmen über eine Lösung zu erreichen, die den Südtirolern, als deren legitimer Anwalt wir die Verhandlungen führen, die zugesagte Autonomie bringt und ihnen damit eine sichere Zukunft gewährleistet. (*Abg. Moser: Mußte deswegen ein Tiroler aus der Regierung?*) Wir werden uns von diesem Ziel durch keinerlei Ingerenzen, die nichts mit diesem Problem zu tun haben, abhalten lassen.

Einen immer wichtigeren Platz innerhalb der internationalen Beziehungen nimmt die Entwicklungshilfe ein. Den Bemühungen der Bundesregierung ist es gelungen, daß Wien als Sitz der innerhalb der Vereinten Nationen für die industrielle Entwicklung zuständigen Organisation UNIDO bestimmt wurde. Dies bringt in organisatorischer Hinsicht eine wesentliche Erleichterung der österreichischen Aktivität auf dem Sektor der Entwicklungshilfe und erschließt zugleich der österreichischen Industrie neue Möglichkeiten hinsichtlich der Beteiligung an zukünftigen Industrieprojekten.

Daß nunmehr nach der Internationalen Atomenergie-Organisation eine weitere internationale Organisation ihren Sitz in Wien aufgeschlagen hat, bestätigt die Bedeutung unserer Hauptstadt als Ort internationaler Begegnung. (*Abg. Lanc: Späte Erkenntnis!*) Allein in diesem Jahre werden drei große Konferenzen der Vereinten Nationen, darunter die erste Weltraumkonferenz der Geschichte, in Wien stattfinden. (*Abg. Zeillinger: Wann kommt die Erklärung?*)

Hohes Haus! Die Bundesregierung ist entschlossen, künftig der österreichischen Bevölkerung in verstärktem Maße (*Abg. Dr. Pittermann: Im Pisa-nischen Maß!*) durch Information Rechenschaft zu geben: Rechenschaft über die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gibt; Rechenschaft über die Abwehr oder Milderung von Gefahren, deren Auswirkungen sie der Bevölkerung zu ersparen entschlossen ist (*Abg. Dr. Tull: Postwurf!*), und Rechenschaft über die Ziele, die sie anstrebt, aber auch darüber, ob sie diese Ziele in der vorgesehenen Zeit und in vollem Umfang erreicht. (*Abg. Gratz: Postwurf „für alle“!*)

Bundeskanzler Dr. Klaus

Information heißt, daß die Regierung dem Volk so, wie es freien Staatsbürgern gebührt, offen, sachlich und nüchtern Auskunft darüber gibt, wie es um ihr gemeinsames Schicksal bestellt ist. (*Abg. Dr. Tull: Auf Kosten der Staatsbürger!*)

In diesem Jahr, in dem sich die Ausrufung der Republik zum 50. Male jährt, muß es uns alle mit tiefer Befriedigung erfüllen, daß die Konfrontation zwischen einer Regierung der Volkspartei und den beiden im Parlament vertretenen Oppositionsparteien das Gefüge unserer Demokratie nicht im geringsten erschüttert hat. (*Abg. Pfeffer: Dank der Opposition!*) Das ist, wie ich gerne feststelle, ein Verdienst beider Seiten. In unserer raschlebigen Zeit haben wir beinahe schon vergessen, daß das Ausland den reibungslosen Übergang von der starren Koalition zu einer lebendigen parlamentarischen Demokratie zuerst mit Verwunderung und schließlich mit Bewunderung zur Kenntnis genommen hat.

Mag auch die Hürde der absoluten Mehrheit immer nur von einer Partei genommen werden können, die Schallmauer zu einer echten Demokratie, in der Gegensätze auf dem Boden gemeinsamer Spielregeln ausgetragen werden können, hat das ganze österreichische Volk durchbrochen. Und das sei ungeachtet aller Schwierigkeiten und unbeschadet der Kritik, die wir aneinander üben und auch üben sollen, das Geburtstagsgeschenk für unsere demokratische Republik Österreich im Jahre 1968! (*Abg. Dr. Pittermann: Ich wüßte mir ein schöneres: Ihre Demission!*)

Ich habe mich in meiner Regierungserklärung vom 20. April 1966, die nach wie vor aufrecht und für uns bindend ist, mit Nachdruck zu unserer Verfassung und ihren tragenden Grundsätzen — zur Republik, zur Demokratie, zum Bundesstaat und zum Rechtsstaat — bekannt. Ich erneuere dieses Bekenntnis auch namens der umgebildeten Regierung. Zu den Worten vom 20. April 1966 kommen aber nun auch die Tatsachen der letzten zwei Jahre:

Wir sind auch im Besitz der Mehrheit Demokraten geblieben. (*Abg. Moser: Was heißt das? — Abg. Czettel: Ist das ein Erfolg?*) Wir haben niemanden wegen seiner politischen Gesinnung verfolgt. (*Abg. Weikhart: Das ist eine Selbstverständlichkeit!*) Recht ist Recht geblieben. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie haben doch einen Eid darauf geleistet!*) Wir sind der Gerechtigkeit niemals in den Arm gefallen. (*Abg. Dr. Pittermann: Nein! — Abg. Weikhart: Siehe Müllner! Bis zum letzten Augenblick sind Sie vor ihm gestanden! — Lebhaftes Zwischenrufe.*)

Das Parlament schließlich ...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte sich etwas zu beruhigen! (*Weitere Zwischenrufe. — Abg. Zeillinger: Hier spricht der ÖVP-Obmann in der „Wir“-Form!*)

Bundeskanzler Dr. Klaus (fortsetzend): Ich spreche soeben vom Parlament! (*Anhaltende Unruhe.*)

Das Parlament schließlich ist zur Stätte echter Auseinandersetzung und echter Entscheidung geworden. Die Demokratie wird für die junge Generation nur dann ein Faszinationszentrum bleiben, wenn diese junge Generation begreifen und miterleben kann, wie leidenschaftlich um die Gestaltung der Zukunft auch unter Menschen gerungen werden kann, die sich geschworen haben, diese Zukunft in Frieden miteinander zu erleben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Endlich! Ist das der Höhepunkt der Regierungserklärung? — Abg. Czettel: Wann kommt die Erklärung?*)

Wir wollen uns alle gegenseitig respektieren. Wir wollen die Zukunftstendenzen mit Hilfe der Wissenschaft prognostizieren und so für die Politik transparent machen. (*Abg. Doktor Pittermann: Wie das Budget 1968!*)

Die Bundesregierung ist entschlossen, der österreichischen Jugend das Tor in die Zukunft aufzustoßen. Sie ist sich der Tatsache bewußt, daß der größte Schatz eines Volkes am Ende dieses Jahrhunderts nicht mehr die „schlafenden Riesen“ seiner Bodenschätze, ja nicht einmal die ungebändigten Kräfte seiner Flüsse und Gletscher, sondern mehr denn je die Begabungen und Leistungen seiner Menschen sein werden. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist eine „Information“ für die Bevölkerung! — Abg. Weikhart: Das ist die Aufklärung des Volkes, diese Regierungserklärung!*)

Ob unsere Jugend desinteressiert oder staatsbejahend, gleichgültig oder bildungshungrig, arbeitsscheu oder fleißig, immobil oder aufstiegswillig ist, ob sie sich lebenslänglich an die Rockfalte des Staates klammern oder sich auch aus eigener Kraft ein besseres Leben schaffen will (*Abg. Dr. Pittermann: Musolini!*) — das alles wird das Gesamtschicksal unseres Volkes entscheidend beeinflussen. (*Abg. Weikhart: Herr Bundeskanzler! Sie sind nicht in einer Schule!*) Der Staat sind wir alle. Was wir nicht sind, wird auch unser Staat niemals sein. (*Rufe bei der SPÖ: Armutszeugnis!*)

Deshalb brauchen wir das Verständnis, die Initiative, den Leistungswillen und den Ehrgeiz aller unserer Bürger (*Abg. Czettel: Schade um die Zeit, die wir dasitzen! — Abg.*

7122

Nationalrat XI. GP. — 88. Sitzung — 23. Jänner 1968

Bundeskanzler Dr. Klaus

Hartl: Sie können hinausgehen!), um die Zukunft dieses Landes im zweiten Jahrtausend seines Bestehens und in der zweiten Jahrhunderthälfte seiner Staatsform als Republik zu meistern. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Moser: Es ändert sich nichts!)

Präsident: Zur Stellung eines Antrages zur Geschäftsbehandlung hat sich der Abgeordnete Dr. Gorbach gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Gorbach** (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Debatte über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers (*Abg. Dr. Tull: Er hat ja nichts erklärt!*) am Donnerstag, dem 25. dieses Monats, abzuführen. (*Abg. Zeillinger: Die Erklärung kommt ja hoffentlich noch!*)

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen. (*Rufe bei der ÖVP: Warum steht ihr auf? — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Ing. Häuser: Reden wird man doch noch dürfen!*) Jetzt rede ich!

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 24. Jänner, um 9 Uhr zum Zwecke der Abhaltung einer Fragestunde ein. Außerdem werden Zuweisungen sowie allfällige sonstige in der Geschäftsordnung vorgesehene Mitteilungen des Präsidenten erfolgen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr 50 Minuten